



„Vogue“-Covergirl  
mit 85 Jahren

Kopf des Tages Judi Dench Seite 24

Virtuelles Gedenken an die  
Befreiung vom Naziterror

Seiten 6 und 7, Gastkommentar Seite 23

BLEIBEN SIE WEITERHIN GESUND

**ORAG**  
Immobilien | Seit 1871

oerag.at  
Bezahlte Anzeige

FREITAG, 8. MAI 2020

ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

€ 2,80 | Nr. 9489

## Erster Pop-up-Radweg in Wien eröffnet



Foto: Christian Fischer

Der Medienandrang war groß, als Wiens Vizebürgermeisterin Birgit Hebein (rechts) und Uschi Lichtenegger, Bezirksvorsteherin der Leopoldstadt, beide Grüne, den temporären Radstreifen auf der Praterstraße eröffneten. Einen Kilometer lang ist dort nun

eine Autospur für Fahrräder gedacht, damit diese in der Corona-Krise mehr Platz haben. Weitere Radspuren sollen folgen, zunächst eine in der Donaustadt. Deren Bezirksvorsteher Ernst Nevriy (SPÖ) warnt vor Staus und übt Kritik an Hebeins Vorgehen. Seite 10

## Kritik am Ablauf der Mitgliederbefragung in der SPÖ

### Zweifel an hoher Beteiligung, Konflikt in Wahlkommission, SP kündigt Prüfung an

Wien – Ein positives Ergebnis bei der Mitgliederbefragung und volle Unterstützung vom Parteivorstand: Am Mittwoch schien es so, als sei rund um die SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner Ruhe eingeleitet. Schon einen Tag später brodelt es vernehmlich an der Basis. Dass sich 43 Prozent der Mitglieder am Votum beteiligt hätten, sei verwunderlich, sagen Funktionäre hinter vorgehaltener Hand. Was für Skepsis sorgt: Fünf von vierzehn Mitgliedern der Wahlkommission nahmen das Ergebnis nicht an, da sie die mangelhafte Überprüfbarkeit der Auszählung monierten. Diese war von einer externen Firma durchgeführt worden. Dies war zwar von der Partei so festgelegt worden, widerspricht

aber dem Wortlaut der Statuten. Mitglieder der Kommission konnten keine Überprüfung von Stichproben durchführen, auch im Parteivorstand gab es Einwände. Von einer „ungeheuerlichen Verleumdungskampagne“ spricht Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch: Offenbar wollten einzelne Personen der SPÖ schaden. Deutsch kündigte bereits für Freitag eine Überprüfung an, die Michael Umfahrer, Präsident der österreichischen Notariatskammer, persönlich begleiten werde. Dabei wird es zwar zu keiner kompletten Neuauszählung kommen, jedoch würden alle Wünsche der Kommission erfüllt – so auch das Ziehen von Stichproben. (red) Seite 9, Kommentar Seite 24

## HEUTE

### Sparkurs soll AUA retten

1100 Mitarbeiter weniger, Abstriche bei Gehältern: Damit die AUA die Krise übersteht, plant das Management massive Einschnitte. Seite 5

### Flucht aus der Freikirche

Anna, eine Aussteigerin, berichtet von ihrer gewaltvollen Kindheit in einer „christlich-fundamentalistischen Sekte“. Seite 10

## Polen verschiebt Präsidentenwahl

### Regierungsmehrheit beschloss Briefwahlgesetz

Warschau – Der Sejm, das Unterhaus des polnischen Parlaments, hat am Donnerstag den Weg zur Abhaltung der Präsidentschaftswahl als reine Briefwahl freigegeben. Nur wenige Stunden vor hatte es eine Einigung innerhalb der nationalkonservativen Regierungsfraktion gegeben, die für

übermorgen, Sonntag, geplante Wahl noch rasch zu verschieben. Auch international wächst die Sorge darüber, wie Wahlen künftig abgehalten werden können. In den USA und mehreren anderen Ländern gibt es ebenfalls Streit über Modalitäten wie die Briefwahl – gute Beispiele sind rar. (red) Seite 8

## Daten von einer Million abrufbar

### Neos orten Skandal im Zusammenhang mit Härtefonds

Wien – Auf einer Seite des Wirtschaftsministeriums befindet sich ein Register, in dem Daten von rund einer Million Personen einsehbar sind. Neben dem Namen auch persönliche Adressen und Geburtsdatum, aber auch Angaben zum Zeitpunkt von Steuerzahlungen. Die Neos und die Grundrech-

te-NGO Epicenter Works orten einen Verstoß gegen den Datenschutz. Das Verzeichnis ist laut dem Neos-Abgeordneten Douglas Hoyos nicht neu, im Zuge der Arbeit des Härtefallfonds habe es aber viel mehr Abfragen gegeben. Auch Daten von Politikern sollen dort zu finden sein. (red) Seite 14

## ZITAT DES TAGES

„Meine Mutter ist die Autorität, die mir von der Natur vorgesetzt wurde!“

Jonathan Meese, deutscher Maler, Bildhauer und Performer, im RONDO zum Muttertag

## STANDARDS

Sudoku	14
Finanzen & Märkte	16, 17
Sport	18
Kultur	19, 20
Rätsel	20
TV, Switchlist	22
Kolumne Günter Traxler	23
Wetter	18

Westen:	Süden:	Norden:	Osten:
9 bis 24°	6 bis 26°	5 bis 24°	7 bis 24°

## Corona-Cluster

Heute ist der Paketbote ohne Mundschutz vor der Tür gestanden. Ein weiteres Zeichen für eine gewisse Entspannung der Coronavirus-Furcht. Auch die auf halbmast getragene Maske (zusammengewurschtelt unter dem Kinn) ist bei immer mehr Bürgern beliebt.

Auch offiziell wird Teilentwarnung gegeben. Schulen und öffentliche Verkehrsmittel gehören nicht zu den sogenannten Clustern – Orte, an denen Corona-Infektionen gehäuft auftreten. Das hat eine Studie der Ages (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) ergeben. Die Infektionshotspots sind vor allem Senioren- und Pflegeheime (30 Prozent), tragischerweise. Dann wird unter dem Rubrum „Freizeit“ (28 Prozent) diskret abge-

legt, dass Ischgl und Co zu den ärgsten Virenschleudern gehören (was das Selbstlob unserer Regierung etwas relativiert). Fitnessstudios sind auch nicht gerade Isolationskammern. Und zu den Haushalten (7,5 Prozent) gehören übrigens auch Asylwerberheime.

Interessante Zahlen, die vom Gesundheitsminister in die Debatte geworfen wurden – zu einem Zeitpunkt, als unter Experten kritisiert wird, dass es zu wenige und zu wenig detaillierte Zahlen zu Corona gibt. Mittlerweile können wir uns überlegen, welche Schlüsse wir aus der Ages-Studie ziehen: Seniorenheime und Après-Ski-Bars unbedingt meiden? Am besten wird wohl sein, sicherheitshalber generell nicht leichtsinnig zu werden.

## RAU

## Eine Superpflegerin von Banksy



Foto: AP/Andrew Matthews

Ein Bub in Latzhosen, der mit einer Krankenschwesterpuppe in Superheldinnenpose spielt: Der Street-Art-Künstler Banksy hat sich mit seinen Mitteln bei den Helden an der Coronavirus-Front bedankt und dem britischen General Hospital in Southampton ein Gemälde übermittelt. „Ich hoffe, dies erhellt den Ort ein wenig“, stand auf der beigelegten Karte.



# Tausende Adressen und Daten im Netz auffindbar

Die Neos bezeichnen es in ihrer Einladung zu einer Pressekonferenz, die eigentlich erst heute, Freitag, stattfinden wird, als „größten Datenschutzskandal der Republik“ Details dazu wurden bereits im Vorfeld bekannt. So war über die Homepage des Wirtschaftsministeriums ein Register einsehbar, in dem private Daten von – laut Neos – einer Million Bürger gelistet waren. Pikant daran: Nicht nur Namen, persönliche Adressen und Geburtsdaten waren darin zu finden, sondern auch einzelne Angaben zum Steuerprozedere, etwa dem Zeitpunkt von Steuerzahlungen. Dabei handelte es sich nicht nur um Firmenadressen, sondern um Privatanschriften. Am späten Donnerstagnachmittag war die Seite dann plötzlich nicht mehr erreichbar.

Das Leck ist gigantisch. So waren auf der Seite Privatanschriften von Spitzenpolitikern – von Bundespräsident Alexander Van der Bellen abwärts – einsehbar. Laut Iwona Laub von der Grundrechts-NGO Epicenter Works, die an der Aufdeckung beteiligt war, befinden sich Adressen von rund hundert Nationalratsabgeordneten und acht Regierungsmitgliedern in der Datenbank.

## Register ist nicht neu

Bei den Neos wollte man am Donnerstag die Erkenntnisse noch nicht im Detail kommentieren und verwies auf die Pressekonferenz. Der Neos-Abgeordnete Douglas Hoyos ließ den STANDARD auf Anfrage nur wissen, dass das Ergänzungsregister nicht neu sei, bisher wäre es aber unscheinbar gewesen. Aufgrund der Abwicklung des Härtefallfonds sei es in

Ist es ein riesiges Datenleck oder ein gesetzeskonformes öffentliches Register? Die Neos und eine NGO berichten von einer Website, auf der persönliche Daten von einer Million Menschen, darunter auch Alexander Van der Bellen, sichtbar sind.

Nora Laufer

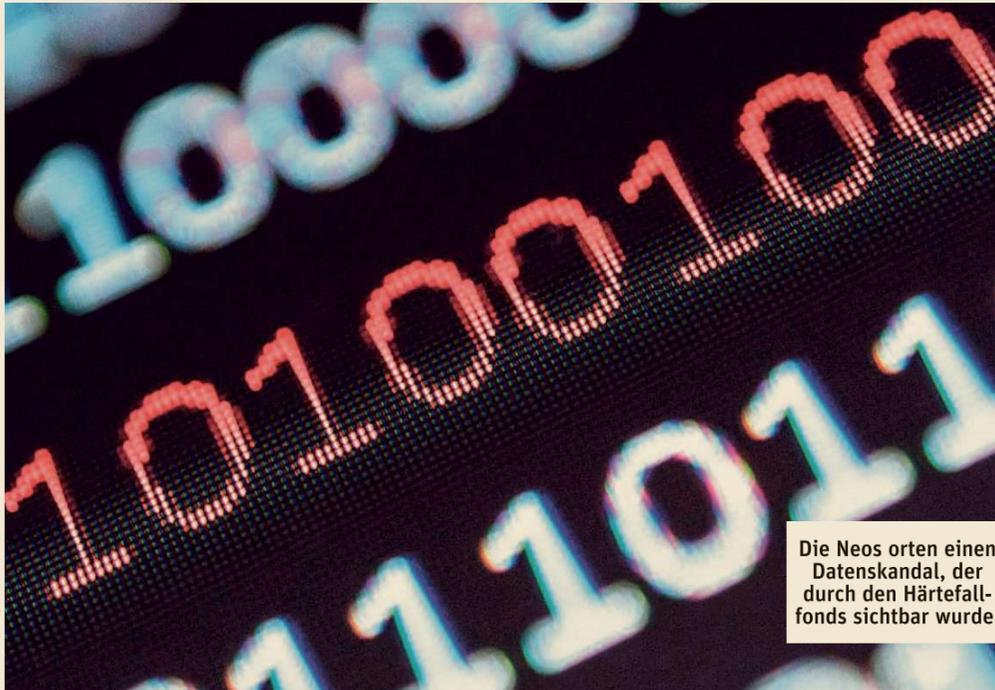


Foto: APA / dpa / Sebastian Gollnow

Die Neos orten einen Datenleak, der durch den Härtefallfonds sichtbar wurde.

den Vordergrund getreten. Unter anderem dürfte es vom Finanzamt, vom Finanzministerium und von der Wirtschaftskammer (WKO) benutzt werden, sagt Hoyos. Die Zugriffe darauf seien jedenfalls deutlich gestiegen, so der linke Politiker.

Bei der Wirtschaftskammer heißt es, dass es „keine technische Schnittstelle“ zwischen dem Register und der Applikation des

Härtefallfonds gebe. Das Register liege nicht im Wirkungsbereich der Kammer. Das eigene System wurde laut einer WKO-Sprecherin von einer externen Sicherheitsfirma vorab geprüft – Lücken seien keine gefunden worden. Die Vorgaben des Datenschutzes seien dabei alle eingehalten worden.

Die öffentlich gewordenen Daten stammen offenbar aus einem sogenannten „Ergänzungs-

register für sonstige Betroffene“, das laut Wirtschaftsministerium seit elf Jahren öffentlich einsehbar sei. Laut Hoyos geht es dabei um Selbstständige, die einmal ein zusätzliches Einkommen durch Vermietungen und Verpachtungen gehabt hätten. Allerdings seien auch Personen betroffen, auf die diese Faktoren nicht zutreffen. Namentlich genannt werden etwa Bundespräsident Alexander Van

der Bellen, Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, namhafte Schauspieler und sonstige Prominente.

„Wir wissen aber nicht, wie sich die Nutzung verändert hat“, sagt Laub. Die Theorie der NGO: Die Daten sollen auf eine bequeme Art einer anderen Institution – etwa der WKO – zur Verfügung gestellt werden. Das sei juristisch durchaus nachvollziehbar, nicht aber, wieso die Datensammlung öffentlich einsehbar sein sollte. „Der Zweck ist uns nicht klar“, so Laub.

Auf der Homepage heißt es: „In der Regel erfolgt die Eintragung durch eine Behörde, wenn im Zuge der Ausstattung einer Datenverarbeitung mit Stammzahlen eine Eintragung erforderlich ist.“ Es bestünde auch die Möglichkeit einer freiwilligen Eintragung.

## Blümel weiß von nichts

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) wurde am Donnerstagnachmittag auf einer Pressekonferenz auf das Datenleck angesprochen. Er habe davon zum ersten Mal, sagte der Minister. Auch sein Sprecher bestätigte, nichts von dem Fall zu wissen, man werde sich die Sache ansehen.

Dass Blümel nichts von der Angelegenheit wusste, hält man bei den Neos allerdings nicht für glaubwürdig. Das Wirtschaftsministerium, auf dessen Homepage ein Zugriff auf das Register möglich ist, meldete sich bis Redaktionsschluss nach mehreren Anrufen nicht zurück.

Regierung und Wirtschaftskammer hätten ein riesiges Datenleck zu verantworten, so Hoyos. „Hier geht es um höchstpersönliche Daten, und der Finanzminister ist vollkommen ahnungslos.“

Andreas Schnauder

Diethold Schaar ist enttäuscht. Sein Landhotel Yspertal im südlichen Waldviertel mit 36 Zimmern steht wegen Corona wie tausende andere Beherbergungsbetriebe am Abgrund. Die groß angekündigten Hilfen der Regierung hält er für „unseriöse Ankündigungspolitik“, denn für eine große Zahl an Betrieben gebe es nichts. Schaar hat wie viele andere ein Problem: Sein Betrieb erfüllt die Kriterien eines gesunden Unternehmens nicht, und für diese Firmen gibt es keine Unterstützung.

Die Hausbank habe deshalb ein Ansuchen für einen Kredit mit Staatshaftung abgelehnt, erzählt Schaar. Ohne das Geldinstitut geht es nicht, direkte Anträge bei den verschiedenen Förderinstitutionen sind nicht vorgesehen. Ähnlich wie beim Landhotel Yspertal hapert es meist am Eigenkapital. Das ist an sich nichts Außergewöhnliches: Laut einer Untersuchung der Wirtschaftskammer sind 24 Prozent der österreichischen Klein- und Mittelunternehmen überschuldet.

## Folgen der Finanzkrise

Das Landhotel Yspertal schaut wegen der Kriterien durch die Finger, doch ist es deshalb krank? Schaar sagt, die Überschuldung sei eine Folge der Finanzkrise. Er hatte das Hotel wenige Monate vor der Lehman-Pleite erworben, danach krachten die Immobilienpreise, Wertberichtigungen wurden erforderlich. Auch Fehler habe er gemacht, doch seit vier Jahren gehe es bergauf: schwarze Zahlen, im Vorjahr ein Gewinn von 20.000 Euro. Unternehmer Schaar: „Heuer war das erste Jahr, in dem ich ohne Sorgen in die Zukunft geblickt habe. Die Vorreservierungen waren super.“ Dann kam das Virus.

# Wer ist schon gesund?

Unternehmen kommen nicht an Staatshilfe heran, weil sie gewisse Kriterien verfehlen

Ein Teil der Bestimmungen, insbesondere für größere Unternehmen, ist keine österreichische Erfindung. Vielmehr sorgt das EU-Beihilferecht dafür, dass die Staaten einzelnen Betrieben mit öffentlichen Geldern keinen Wettbewerbsvorteil gewähren. Finanzminister Gernot Blümel und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck haben schon mehrere Initiativen ergriffen, um die Regeln zu lockern. Einiges wurde erreicht: So kann der Staat für kleine Kredite bis 500.000 eine Haftung von 100 Prozent übernehmen. Davor waren nur 90 Prozent möglich. Doch Blümel will weitere Erleichterungen: „Die EU-Büro-

kratie ist eine existenzielle Bedrohung für viele unserer heimischen Unternehmen.“

Dem Minister geht es um den Verschuldungsgrad, aber auch um die Vorschrift, dass nicht mehr als das halbe Stammkapital durch Verluste aufgebraucht werde. Ein Beispiel: Ein steirischer Malereibetrieb mit 50 Mitarbeitern verfügt über zehn Prozent Eigenkapitalquote, hat aber das hohe Stammkapital von 500.000 Euro durch länger zurückliegende Verluste mehr als zur Hälfte aufgezehrt. Das Unternehmen ist daher nicht förderwürdig.

EU-Kommissarin Margrethe Vestager hat ein Gespräch in Aus-

sicht gestellt, allerdings wird auch betont, dass man bisher ohnehin alle Förderansuchen genehmigt habe. Die öffentlichen Anschuldigungen aus Wien hält man für deplatziert, wie ein hoher Beamter in Brüssel meint.

## Keine Schuld bei der EU

Das sieht auch Peter Bartos, Managing Partner bei der Beratungsgruppe BDO, ähnlich: „EU-Bashing ist nicht angebracht“, sagt er. Die größeren Probleme sieht er in den rigiden Bestimmungen in Österreich. Liquiditätshilfe dürfe nicht für Investitionen verwendet werden, nennt er eines von vielen Beispielen, bei

denen sich das Land eingeengt habe. Bartos beklagt ein kompliziertes Prüfprozedere, das über Hausbank, Förderinstitution und die neue Agentur Cofag geht.

Die Regierung will jetzt – wieder einmal – nachbessern. Die schon vor geraumer Zeit angekündigten Zuschüsse als Kompensation für Umsatzeinbußen in der Corona-Krise können demnächst fließen, versicherten Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) und Finanzminister Blümel. Insider rechnen mit rund sechs Milliarden Euro. Die Zuschüsse orientieren sich an den Ausfällen und können bis zu 75 Prozent der Fixkosten ausmachen. Die Unterstützung kann ab 20. Mai auf Finanzonline beantragt werden. Erstes Geld – ein Drittel der Gesamtsumme – soll binnen zehn Tagen fließen, der Rest kann ab August bezogen werden, erklärte Blümel.

## SUDOKU

Nr. 4605a normal (sehr schwierig)

				9				
						1	8	
5		2		8	1			
	9		4	1		8		
	7						6	
			1		3	2		4
			9	2		3		6
	6	8						
				7				

Nr. 4605b Squiggly (schwierig)

1		6	3			8	2	9
	8	5						
							5	
6				2			1	
	3				5			4
	6			1				5
	2							
						1	7	
2	7	4			5	6		1

dst.at/Sudoku

Auflösung Sudoku Nr. 4604a

9	8	5	1	6	4	3	7	2
2	4	3	9	5	7	6	8	1
6	7	1	3	2	8	9	4	5
5	6	7	4	8	2	1	9	3
8	2	9	7	3	1	4	5	6
3	1	4	6	9	5	7	2	8
1	3	8	5	7	9	2	6	4
4	9	2	8	1	6	5	3	7
7	5	6	2	4	3	8	1	9

Auflösung Sudoku Nr. 4604b

2	9	6	8	3	5	1	4	7
6	3	7	5	1	4	2	8	9
7	1	9	4	8	2	5	3	6
4	5	8	2	7	6	3	9	1
1	7	5	9	6	3	8	2	4
3	8	2	6	9	1	4	7	5
8	6	4	3	5	7	9	1	2
5	4	3	1	2	9	7	6	8
9	2	1	7	4	8	6	5	3

**Spielregeln:** Das Rastergitter ist so auszufüllen, dass die Zahlen von 1 bis 9 nur je einmal in jeder Reihe, in jeder Spalte und in jedem umrahmten Kästchen (bzw. in jeder Diagonale beim X-Sudoku) vorkommen. Die Auflösung erscheint im nächsten STANDARD und im Internet auf [derStandard.at](http://derStandard.at), wo sich das aktuelle Zahlenrätsel auch in einer Onlineversion findet. © Puzzle by websudoku.com